Nr. 4 | 11. November 2022

AZB / 4410 Liestal / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

11. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

BASELBIETER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Aus der Parteileitung
Das Doppelwahljahr steht nun vor der Tür – Fraktionspräsident Andreas Dürr über den Weihnachtsapéro der FDP.Die Liberalen Baselland, die kantonalen Wahlen und die Wichtigkeit der Liste 1. Seite 3

Schub für 5G
Die Unterstützung des neusten Mobilfunkstandards 5G in der Politik ist immer noch bescheiden. Die FDP hält dem dagegen und positioniert sich klar für Technologieoffenheit und gegen Innovationsfeindlichkeit. Die Fraktionsmotion der FDP zum Thema hat gute Chancen im Ständerat. Seite 10

Neue Vizepräsidentin
Die Delegierten wählten Alessandra Gianella am Tag der FDP zur neuen Vizepräsidentin der FDP Schweiz. Die 36-jährige Tessinerin ist seit 2015 Grossrätin und seit drei Jahren Fraktionschefin im Tessiner Kantonsparlament. Mit der Wahl Gianellas umfasst das Präsidium unter Präsident Thierry Burkart nun fünf Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten. Seite 12 und 13

Intensives Jahr für Karin Keller-Sutter
Seit Ausbruch des Ukrainekrieges ist Bundesrätin Karin Keller-Sutter stark gefordert. In einem Gastbeitrag für den «Freisinn» zeigt die Justizministerin auf, wie die Schweiz in den letzten Monaten den grossen Zustrom an Flüchtlingen aus der Ukraine meisterte und wieso sich der Schutzstatus S bewährt hat. Seite 14 und 15

Geschätzte Freisinnige

Editorial von Ferdinand Pulver

Für was steht die FDP? Das ist eine Frage, die vor allem im Wahlkampf oft gestellt wird. Schauen wir uns die momentane Situation an: Einerseits haben wir da die hoffentlich ausgestandene Covid-19-Krise, andererseits haben wir den Ukrainekrieg, der immer noch in vollem Gange ist, und vor uns steht eine mögliche Energie-Mangellage in unserem Land. Dies sind Krisen und Herausforderungen, die das aktuelle Geschehen prägen und Meinungen und Haltungen verändern. Aber etwas kann ich garantieren: Immer gleich sind aber unsere Haltung und unsere Werte, die uns leiten, mit solchen Krisen und Herausforderungen umzugehen. Die FDP politisierte, politisiert und wird immer mit einer liberalen Haltung politisieren.

Ferdinand Pulver

Wir fordern seit Jahren: mehr Eigenverantwortung und weniger Vollkaskomentalität
Unabhängig vom Thema – wir von der FDP werden immer mit einer liberalen Haltung, die sich an den Werten Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt orientiert, politisieren. Wir machen mit Überzeugung liberale Politik, und dies seit Jahren. Unsere Vorstösse, unsere Positionen oder Stellungnahmen haben eines gemeinsam: Sie sind liberal. Das Zeitgeschehen konfrontiert uns mit Aufgabenstellungen und Herausforderungen und wir, wir reagieren mit liberalen Lösungsansätzen. Wir sind das liberale Original in diesem Kanton, und das seit 1919. Wir sind die einzige Partei im Baselbiet, die konsequent und mit Herzblut seit Jahrzehnten liberale Politik macht. Deshalb gehen wir mit dem Credo «zuverlässig liberal» in den Wahlkampf, und ich meine, wir haben gute Argumente. Unterstützen Sie die Liste 1 und so die FDP!

Ferdinand Pulver, Parteipräsident

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Redaktion Baselbieter Freisinn, FDP Baselland, 4410 Liestal, E: info@fdp-bl.ch, www.fdp-bl.ch. **Layout:** CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch. **Druck:** CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Inhalt

3–9 Baselbieter Freisinn

10 FDP setzt sich für 5G ein

11 Wir sagen DANKE

12/13 Interview mit der neuen Vizepräsidentin Alessandra Gianella

14/15 Karin Keller-Sutter blickt auf ein intensives Jahr zurück

16/17 Rückblick auf die Herbstsession

18 Mehr digitale Kompetenz für die Schweiz

19 FDP Zürich ist bereit für die kantonalen Wahlen

20/21 Tag der FDP in Burgdorf

22 Verbände lancieren «Perspektive Schweiz»

23 Wahlbarometer und Kolumne

Das liberale Feuer brennt!

2023 stehen uns Richtungswahlen bevor

Liebe Freisinnige

Am 22. Oktober durfte die freisinnige Familie in Burgdorf ein fulminantes Fest feiern. Exakt ein Jahr vor dem Wahltermin stimmten sich 900 Freisinnige im Beisein von Bundespräsident Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter gemeinsam auf den Wahlkampf ein. Die FDP ist bereit für einen erfolgreichen Wahlkampf:

› Wir sind schlagkräftig und kommunizieren mit klarer Kante. Nicht nur in der Sicherheitspolitik lancierten wir mutig Themen, an denen sich die anderen Parteien abarbeiten müssen.

› Wir haben in anspruchsvollen Bereichen wie Klima, Energie oder Europa mit der Verabschiedung von Positionspapieren unsere Reihen geschlossen.

› Wir beweisen unseren Ideenreichtum und unsere Gestaltungskraft mit gleich zwei eingereichten Initiativen, die beide für urliberale Anliegen stehen: die Renteninitiative der Jungfreisinnigen für eine solide Finanzierung unserer Altersvorsorge sowie die Individualbesteuerungsinitiative der Frauen für die freie Lebensgestaltung.

Richtungswahlen 2023

Klar ist, die nächsten zwölf Monate werden für unsere Partei entscheidende Monate. Doch viel wichtiger ist: Es werden entscheidende Monate für unser Land! Die eidgenössischen Wahlen 2023 sind eigentliche Richtungswahlen für die Schweiz. Denn jede Bürgerin und jeder Bürger muss sich die Frage stellen, wie sich die Schweiz in Zukunft angesichts der aktuellen Verwerfungen, Kriege und Krisen zu positionieren hat.

Wer das Erfolgsmodell Schweiz erhalten will, wählt FDP

Das Präsidium definierte vor einem Jahr drei Schwerpunktthemen: Wirtschaftspolitik, Altersvorsorge und Sicherheit bzw. Versorgungssicherheit. Heute sind die Themen aktueller denn je. In einem Jahr können sich die Schweizerinnen und Schweizer entscheiden, ob sie mittel- und langfristig eine möglichst CO_2-freie aber sichere Stromversorgung – und damit Wohlstand – oder ob sie lieber irgendwelchen Wunschvorstellungen und nicht einlösbaren Versprechungen folgen wollen. Ebenso kann sich das Stimmvolk entscheiden, ob es eine Schweiz wünscht, die eindeutig zu Werten wie Demokratie, Liberalismus, Rechtsstaat und Menschenwürde steht. Eine Schweiz, die im Notfall auch gewillt und in der Lage ist, diese Werte zu verteidigen. Wer Liberalismus, soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und freiheitliches Handeln erhalten will, der wählt in einem Jahr FDP!

Die FDP gewinnt!

Die FDP hat in den kantonalen Wahlen der letzten Monate zugelegt, soeben durften wir uns wieder über Sitzgewinne und ein erfolgreiches Wahlresultat bei den Gesamterneuerungswahlen im Kanton Zug freuen. Gemäss jüngster SRG-Wählerumfrage legen wir gegenüber 2019 um 1 Prozent zu. Im Vergleich zur SRG-Umfrage vom Oktober 2021 weist die FDP damit einen Zuwachs von plus 2,5 Prozent auf! Das stimmt mich zuversichtlich, denn es bestätigt den Trend auch von anderen Umfragen. Wir wollen – und werden – die liberale Politik in unserem Land stärken, Wähleranteil gewinnen und die SP überholen. Das liberale Feuer brennt lichterloh!

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Aus der Parteileitung

Das Doppelwahljahr 2023 steht vor der Tür

Das Jahr 2022 neigt sich langsam dem Ende zu. Bevor wir gemeinsam ins Doppelwahljahr starten, lädt die Parteileitung der FDP Baselland ganz herzlich zum Weihnachtsapéro ein. Die Einladung sollten Sie bereits per Post erhalten haben. Die Vorbereitungen für die kantonalen Wahlen sind abgeschlossen, und ab dem 2. Januar 2023 starten wir mit dem Hauptwahlkampf. Das Wichtigste aber überhaupt sind die Kandidatinnen und Kandidaten. Sie sind es, welche den Wahlkampf prägen und so auch den Freisinn im ganzen Baselbiet vertreten. Zurzeit habe ich eine Fraktion mit insgesamt 17 Landrätinnen und Landräten bei einem Wähleranteil von 17,4%. Wir müssen den Tatsachen in die Augen schauen: Geschätzte Freisinnige, wir müssen zulegen, damit wir unsere Sitze behalten können. Zulegen können wir, indem wir Listenstimmen gewinnen. Die Liste 1 einzuwerfen, ist in diesen Wahlen ein Statement: Ich wähle die Liste 1, weil ich zuverlässig liberale Politik möchte.

Andreas Dürr

Im Namen der Parteileitung freuen wir uns sehr, Sie am Weihnachtsapéro oder während des Hauptwahlkampfs zu treffen.

Andreas Dürr, Fraktionspräsident

In eigener Sache

Seit über fünf Jahren arbeitet Gina Zehnder bei der FDP Baselland: Sie hat begonnen als politische Mitarbeiterin und ist seit vier Jahren als Geschäftsführerin tätig.

Nun hat sie sich entschieden, nach den kantonalen Wahlen 2023 vom Amt als Geschäftsführerin zurückzutreten, um eine neue berufliche Herausforderung anzunehmen. Ganz verlassen wird sie uns nicht: Sie bleibt der Fraktion unter Fraktionspräsident Andreas Dürr als Fraktionssekretärin erhalten.

Wir wünschen ihr bereits jetzt alles Gute und danken ihr für ihren Einsatz!

AGENDA 2023

25. Januar	22. März	10. Mai	7. September
Parteitag	Nominations-parteitag für die nationalen Wahlen 2023	Parteitag	Parteitag

Die Details zu unseren Veranstaltungen finden Sie unter www.fdp-bl.ch

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

Für die Landratswahlen 2023

Am 12. Februar 2023 wählt das Baselbiet sein Parlament. Hier sind unsere Kandidierenden:

Wahlkreis Allschwil

Bisher
Robert Vogt
1961, Allschwil

Sibylle Fringeli
1969, Schönenbuch

Sebastian Hersberger
1987, Allschwil

Nico Jonasch
1990, Allschwil

Urs Pozivil
1988, Allschwil

Damian Schaller
1978, Allschwil

Lea van der Merwe
1992, Allschwil

Wahlkreis Binningen

Bisher
Sven Inäbnit
1964, Binningen

Bisher
Marc Schinzel
1963, Binningen

Leon Behrends
2002, Binningen

Eva-Maria Bonetti
1963, Binningen

Peter Frauchiger
1970, Binningen

Simon Harms
2000, Bottmingen

Laurent Inäbnit
2002, Binningen

Wahlkreis Oberwil

Bisher
Andreas Dürr
1958, Biel-Benken

Sebastian Binggeli
1995, Oberwil

Andreas Blattner
1956, Oberwil

Andrea Florio
1975, Oberwil

Urs Haensli
1948, Ettingen

Cédric Jäger
1982, Oberwil

Heinz Thüring
1961, Ettingen

Andreja Weber
1960, Oberwil

Nicole Wieland
1958, Biel-Benken

Wahlkreis Reinach

Bisher
Jacqueline Bader Rüedi
1970, Reinach

Bisher
Rolf Blatter
1962, Aesch

Gabriela Brahier Stark
1980, Reinach

Jörg Burger
1959, Reinach

Martin Glatz
1969, Aesch

Stephan Hohl
1979, Aesch

Paul Meier-Hürlimann
1958, Reinach

Sabrina Ossiacher
1980, Aesch

Gian Ruppanner
1990, Aesch

Lucio Sansano
2000, Reinach

Wahlkreis Münchenstein

Bisher
Christine Frey
1967, Münchenstein

Bisher
Balz Stückelberger
1972, Arlesheim

Johannes Felchlin
1968, Arlesheim

Sven Mathis
1980, Münchenstein

David Meier
1965, Münchenstein

Gina Zehnder
1989, Arlesheim

Wahlkreis Muttenz

Bisher
Alain Bai
1993, Muttenz

Michael Dörr
1979, Birsfelden

Nicole Hatz
1972, Birsfelden

Doris Rutishauser Saner
1963, Muttenz

Sarah Schneider
1988, Muttenz

Martin Thurnheer
1961, Muttenz

Sacha Truffer
1971, Birsfelden

Sandra Völker-Gfeller
1981, Muttenz

Wahlkreis Laufen

Bisher
Martin Dätwyler
1969, Laufen

Carmen Egli
1975, Grellingen

Stefan Finckh
Röschenz

Martin Forster
1983, Laufen

Roland Stoffel
1966, Laufen

Wahlkreis Pratteln

Severin Frey
1997, Grellingen

Silvia Lerch-Schneider
1972, Pratteln

Catherine Müller
1961, Füllinsdorf

Daniel Pfirter
1958, Oberwil

Jürg Schärer
1980, Füllinsdorf

Wahlkreis Liestal

Markus Schlageter
1962, Frenkendorf

Andreas Seiler
1977, Pratteln

Dieter Stohler
1954, Pratteln

Bisher
Thomas Eugster
1966, Liestal

Bisher
Heinz Lerf
1952, Liestal

Daniela Reichenstein
1964, Liestal

Annette Vogt
1986, Lupsingen

Roger Ballmer
1959, Liestal

Werner Fischer
1959, Liestal

Richard Gafner
1957, Liestal

Wahlkreis Sissach

Lucca Gloor
1995, Lausen

Allen Mundwiler
1999, Bubendorf

Bisher
Saskia Schenker
1979, Itingen

Sandra Jenni
1984, Zunzgen

Elisabeth Vock
1972, Sissach

Pino Dellolio
1968, Thürnen

Michèle Eggenschwiler
2000, Sissach

Svenja Pichler
1993, Sissach

Fadil Salkic
1978, Thürnen

Wahlkreis Gelterkinden

Bisher
Stefan Degen
1981, Gelterkinden

Nadine Jermann
1972, Buus

Sandra Baader
1997, Gelterkinden

Pascal Catin
1988, Gelterkinden

Peter Hemmig
1955, Gelterkinden

Benjamin Rigo
2001, Ormalingen

Wahlkreis Waldenburg

Bisher
Andrea Kaufmann
1973, Waldenburg

Daniel Ballmer
1971, Arboldswil

Valentin Bär
1997, Hölstein

Rolf Dettwiler
1958, Diegten

Christine Kamber
1964, Oberdorf

Zum Wahlkampfauftakt kamen alle sehr gerne auf den Klushof in Aesch.

Wahlkampfauftakt

Gut gelaunt und motiviert in den Wahlkampf 2023 gestartet

Der Wahlkampf der FDP Baselland für die kantonalen Wahlen 2023 wurde am 17. September auf dem idyllisch gelegenen Klushof eingeläutet.

Aus dem ganzen Kanton kamen die Freisinnigen zusammen. Der Apéro konnte bei kühlem Wind und Sonne noch draussen genossen werden, bevor die Freisinnigen in der Scheune Platz nahmen. Ständerat und Parteipräsident Thierry Burkart fasste klare Worte für die Richtung, in welche er die Partei führen will. Gemäss Tamedia-Umfrage kann die FDP weiter zulegen (plus 1,3 Prozent) und kann damit auch die SP überholen. Für ihn selbst sind die Wahlen im Baselbiet richtungsweisend: Sie sind rund ein halbes Jahr vor den nationalen Wahlen. Ferdinand Pulver enthüllte kurz darauf den Slogan für die kantonalen Wahlen: «FDP – zuverlässig freisinnig» und setzte damit bewusst ein Zeichen, dass wir unsere liberale Politik nicht mit Floskeln erklären müssen. Die FDP Baselland macht seit 1919 zuverlässig liberale Politik, und dies wird weiterhin so bleiben. Andreas Dürr stellte in seiner Rede sehr anschaulich dar, dass es jeden zweiten Donnerstag im Landrat ein Kampf sei gegen links. Die Linken würden wie kleine Kinder an der Kasse nach jedem Schokoladenriegel greifen, und die Bürgerlichen müssten weiteren Staatsausgaben entgegenhalten.

Zuletzt durfte ich nochmals auf die Wichtigkeit der Liste 1 aufmerksam machen. Wir sind Meisterinnen und Meister im Panaschieren und im Ausfüllen der freien Liste. Dies nützt insofern nichts, weil wir vor allem Listenstimmen brauchen. Aus diesem Grund muss auf jeder Liste oben rechts die Nr. 1 stehen.

Mit einem feinen Grill, einer Hüpfburg für die Kleinen und der musikalischen Begleitung der Band Filet of Soul klang der Nachmittag aus.

Ständerat und Parteipräsident Thierry Burkart sprach zu den Baselbieter Freisinnigen.

Präsident Ferdi Pulver verkündete stolz: «Wir sind zuverlässig liberal – und so gehen wir in die Wahlen!»

Fraktionspräsident erklärte, dass die Arbeit im Landrat hart sei, sich dies aber lohne … Eine noch stärkere Fraktion wäre also in seinem Sinn.

Einige unserer Kandidatinnen und Kandidaten.

So gehen wir in den Wahlkampf – auf geht's, Freisinnige!

Filet of Soul begleiteten den Anlass musikalisch.

Regierungsratswahlen 2023

Bewährte Zusammenarbeit – ein erfolgreiches Team

Die Regierungsratswahlen 2023 stehen ganz im Zeichen der Stabilität. Unsere Regierungsrätin Monica Gschwind, die seit 2015 als Vorsteherin der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion amtiert, soll ihre hervorragende Arbeit im Regierungsrat weiterführen können. Sie wurde am Nominationsparteitag im heissen Politsommer 2022 mit überragendem Ergebnis und Standing Ovations für eine weitere Legislaturperiode vorgeschlagen. Monica Gschwind kann auf wichtige Meilensteine zurückblicken. Reformen im Bildungsbereich wie der Lehrplan 21 für die Sekundarschule, um den es in der Vergangenheit viel Streit gegeben hatte, und die Sicherung der «Zukunft Volksschule» sowie der Kulturvertrag mit dem Kanton Basel-Stadt oder der teilrevidierte Univertrag sind ihre Errungenschaften. Dafür setzt die Freisinnige auf gegenseitige Wertschätzung und Vertrauen sowie harte Arbeit. Das will Monica Gschwind nun weiterführen.

Monica: «Ich setze weiterhin auf die drei Schritte: zuelose – plane – mache. Das ist mein bewährtes Rezept, um voranzukommen.»

Toni: «Wir tun gut daran, unseren Handlungsspielraum verantwortungsbewusst und mit Augenmass zu nutzen und Schwerpunkte zu setzen. Gemeinsam mit verantwortungsvoller Politik fürs Baselbiet.»

Ein weiteres Erfolgsrezept ist die bürgerliche Zusammenarbeit. Einmal mehr stehen deshalb die FDP, die SVP und Die Mitte Seite an Seite im Wahlkampf, um die bürgerliche Mehrheit im Baselbieter Regierungsrat zu verteidigen. Mit Anton Lauber, Die Mitte, und Sandra Sollberger, SVP, steht viel politische Erfahrung bereit, um die Machtansprüche von linksgrün, GLP und EVP abzuwehren.

Sandra: «Die bewährte Zusammenarbeit der SVP, der Mitte und der FDP steht für Verlässlichkeit, für Stabilität und Kontinuität. Wir bleiben auf dem Teppich und packen zusammen an.»

Denn um das Baselbiet weiterhin auf der Erfolgsspur zu halten, braucht es ein eingespieltes Team: Bewährtes weiterführen, Sicherheit schaffen und aapacke, wenn's drauf ankommt.

Jetzt ist nicht die Zeit für Experimente oder ideologische Träumerei. Die Energiekrise in Zusammenhang mit den, internationalen Spannungen, Ungewissheiten in den Lieferketten und neue Herausforderungen im Bereich Gesundheit, Nachhaltigkeit und Mobilität zeigen, dass unsere gelebte Sicherheit nicht mehr selbstverständlich ist. Die bürgerliche Politik als verlässliche Partnerschaft muss deshalb weiterhin gemeinsame und pragmatische Lösungen suchen.

So präsentiert sich die Bürgerliche Allianz auch ohne viel Schnickschnack im Wahlkampf. Als das, was sie ist: ein starkes Team für ein erfolgreiches Baselbiet.

Birgit Kron
Wahlkampfleiterin Bürgerliche Allianz

Kantonale Abstimmung vom 27. November 2022

Ja zur Vermögenssteuerreform

Am 27. November stimmen wir über die Reform der Vermögenssteuer im Kanton Basel-Landschaft ab. Es ist die zweite von insgesamt drei Vorlagen zur Anpassung der Besteuerung natürlicher Personen. Die erste Vorlage zur Wohnflächenerhebung wurde vom Landrat für zwei Jahre sistiert, der Grund war die Diskussion um die Abschaffung des Eigenmietwerts auf Bundesebene. Die dritte Vorlage soll 2027 kommen, dort geht es um Anpassung der Liegenschaftswerte, eine weitere Anpassung der Vermögenssteuer und auch eine Anpassung der Einkommenssteuer, Details dazu sind noch nicht bekannt. Die nun vorliegende Vorlage ist eine reine Anpassung der Vermögenssteuer. Im Wesentlichen sind zwei Anpassungen vorgesehen. Der Kanton Basel-Landschaft bewertet kotierte Wertschriften, welche eine tiefe Bruttorendite aufweisen mit einer Formel. Damit sinkt der Steuerwert für diesen Teil der Vermögenswerte, wenn eine Bruttorendite von 3% nicht erreicht werden kann. Dieser Bewertungsmodus soll abgeschafft werden, da die Zinssituation eine ganz andere ist, als es in den 70er-Jahren war, als dieses Gesetz geschaffen wurde. Für Personen mit einem hohen Anteil solcher Vermögenswerte würde dies eine massive Mehrbelastung bei der Vermögenssteuer bedeuten. Entsprechend werden nun die Steuersätze auf drei Sätze angepasst und gleichzeitig die Freigrenzen erhöht. Damit soll die Mehrbelastung der meisten Einzelfälle gemindert werden. Bei statischer Betrachtung geht der Regierungsrat von Mindereinnahmen in Höhe von 37 Millionen Franken beim Kanton und zusätzlichen 15 Millionen Franken bei den Gemeinden aus. Insgesamt also von 42 Millionen Franken.

Aus Sicht der FDP-Fraktion im Landrat geht die Vorlage zu wenig weit, wir wollten nicht im hinteren Drittel verbleiben, sondern den Kanton bei der Vermögenssteuer in die vordere Hälfte oder sogar ins vordere Drittel der Schweizer Kantone bringen. Wir sind überzeugt, dass das daraus potenziell wachsende Steuersubstrat die tieferen Sätze mehr als kompensieren würde.

Stefan Degen

Bei der Schlussabstimmung kamen wir als Fraktion nur knapp mit unserem Antrag nicht durch, etwas weniger knapp, die Linke, welche eine komplett einnahmenneutrale Reform forderte. Daraus lässt sich folgern, dass diese Reform der finale Kompromiss ist.

Da das 4/5-Mehr nicht erreicht wurde, welches für eine Gesetzesänderung im Landrat notwendig ist, gibt es ein obligatorisches Referendum. Die Gegner werfen den Befürwortern vor, dass nur 331 Millionäre von der Reform profitieren würden. Weiter machten sie Berechnungen, die aufzeigen sollen, dass unser Kanton gar nicht auf den letzten zwei Plätzen im schweizweiten Ranking ist.

Rund 70% der Steuerzahler bezahlen gar keine Vermögenssteuer, somit ist es naheliegend, dass sowieso nur die verbleibenden 30% von einer Reform durch tiefere Steuerbeträge direkt profitieren können. Dazu ist aber zu sagen, erstens profitieren alle im Kanton von den Steuereinnahmen dieser 30% und zweitens ist es für den Staatshaushalt zentral, dass diese Personen im Kanton verbleiben und weiterhin Steuern zahlen. Die Berechnungen der Gegner wurden zusätzlich so gestaltet, dass ein vermeintlicher Beweis erbracht wurde, dass unser Kanton nicht Platz 25 oder 26 sondern Platz 14 einnehmen würde. Gemäss Steuerverwaltung und Regierungsrat gibt es aber das verwendete Modell mit Liegenschaften über 11 Millionen Franken in unserem Kanton gar nicht, der Vergleich war somit eine weitere Irreführung.

Unser Kanton ist auf gute Steuerzahler angewiesen, setzen Sie sich mit uns ein für diese Steuerreform. Wir brauchen Sie! Ja zur Vermögenssteuerreform am 27. November.

Stefan Degen, Landrat FDP, Gelterkinden

JFBL

Engagement zahlt sich aus

Der 25. September 2022 war ein längst überfälliger Meilenstein in der nahezu hoffnungslosen Reihe von Versuchen zur Revision unserer AHV. Nach unzähligen gescheiterten Anläufen und Vorlagen wurde nun endlich nach knapp 25 Jahren wieder eine Revisionsvorlage der AHV von Volk und Ständen angenommen, auch wenn es zugegebenermassen mehr als nur ein Kopf-an-Kopf-Rennen war.

Wie der Titel bereits vermuten lässt, geht es mir in diesem Artikel nicht primär um die AHV-Vorlage an sich. Vielmehr möchte ich aufzeigen, welche Bedeutung politisches Engagement hat. Hierfür eignet sich das Beispiel der AHV.

Die Jungfreisinnigen engagierten sich in diesem Abstimmungskampf mit allen möglichen Mitteln. Nebst Plakatieren, Leserbriefeschreiben, Interviewsgeben und dem Die-Menschen-auf-den-sozialen-Medien-Mobilisieren machen wir Jungfreisinnige vor allem etwas: Wir sind im Thema Altersversorgung präsent wie keine andere Jungpartei. So haben die Jungfreisinnigen beispielsweise auch die Renteninitiative lanciert, welche es uns ermöglicht, einen grossen politischen Druck auszuüben.

Mir hat diese Abstimmung deutlich aufgezeigt, dass wir Jungfreisinnige etwas bewirken können und dass sich jegliche Art von Engagement auszahlt. Wir können Abstimmungskämpfe gewinnen, Initiativen lancieren und für politisches sowie gesellschaftliches Aufsehen sorgen. Wir werden vermehrt von der Bevölkerung, aber auch von anderen Parteien als eigenständige und ernst zu nehmende Partei wahrgenommen. Nicht nur die Jungfreisinnigen, sondern der Freisinn im Allgemeinen hat in den letzten Jahren wieder stark an Bedeutung gewonnen.

Diese Energie und dieses Selbstbewusstsein müssen und dürfen wir unbedingt in die bevorstehenden Wahlen 2023 mitnehmen, denn wie wir nun alle wissen, zahlt sich freisinniges Engagement immer aus! Vor allem zeigt auch das Engagement der Jungfreisinnigen deutlich seine Wirkung, und daher dürfen sich auf politischer Ebene vermehrt auch

Severin Frey

Jungfreisinnige zeigen. So ist es wichtig und richtig, dass sich auch Jungfreisinnige bei den Landratswahlen im kommenden Februar aufstellen lassen und sich für unsere freisinnigen Werte einsetzen.

Severin Frey
Jungfreisinnige BL und Landratskandidat Wahlkreis Pratteln

Volksinitiative

Gegen Tempo 30 auf Hauptstrassen

Ende Mai dieses Jahres hat der TCS, Sektion beider Basel, eine Volksinitiative zu Tempo 30 auf Hauptstrassen lanciert. Der TCS stört sich dabei nicht an Tempo 30 grundsätzlich, sondern verweist auf die für den Fliessverkehr wichtige Strassennetzhierarchie. Um den Lärmschutz der Anwohnenden zu gewährleisten, empfiehlt der TCS bessere Massnahmen, wie Flüsterbelag oder Schallschutzfenster. Diese haben eine unmittelbare und garantierte Wirkung – im Gegensatz zu Tempo 30.

Auch die Antragstellung durch den Gemeinderat und die Bewilligungspraxis des Regierungsrates sieht der TCS beider Basel kritisch, allen voran das Fehlen eines breit abgestützten Volksentscheids. In der Vergangenheit waren Abstimmungen über Tempo 30, auch für Gemeindestrassen, meist vom Volk abgelehnt worden. Auch Mitgliederumfragen sowohl des TCS Schweiz wie auch des TCS beider Basel hatten überdeutliche Ergebnisse gegen Tempo 30 auf Hauptstrassen geliefert. Das Initiativkomitee hatte daraufhin ein Rechtsgutachten erstellen lassen, welches die zwei Anliegen in einen Gesetzesvorschlag umformulierte: Zuerst sollen andere Massnahmen geprüft und realisiert werden, die einen wirksamen Lärmschutz entfalten. Tempo 30 soll nur noch die letztmögliche Alternative, sozusagen Ultima Ratio, sein. Weiter soll Tempo 30 auf Hauptstrassen nur dann von den Gemeinden eingeführt werden dürfen, wenn sich die Mehrheit der Stimmbevölkerung für Tempo 30 ausspricht. Ähnliche Forderungen wurden auf unterschiedlichen Ebenen, etwa kommunal durch FDP-Landrat und Binninger Einwohnerrat Sven Inäbnit oder durch FDP-Fraktionschef Andi Dürr als Motion im Landrat, eingereicht. Der Wunsch nach einer breiteren Legimitierung im Volk ist wach.

Der TCS beider Basel hat bereits die notwendigen Unterschriften zusammen und plant, die Volksinitiative im November der Landeskanzlei einzureichen. Dann wird auch die Rechtmässigkeitsprüfung zeigen, ob und wie das Volk in Zukunft bei Tempo 30 auf Hauptstrassen mitreden kann.

Unterstützen kann man das Komitee «Tempo 30 vors Volk» auf der Website: www.tempo30-nein.ch/bl

Aktuelle Generation 5G: Raschen Ausbau an die Hand nehmen

Blockadepolitik bekämpfen

Die Unterstützung des neusten Mobilfunkstandards 5G in der Politik ist immer noch bescheiden. Die FDP hält dem dagegen und positioniert sich klar für Technologieoffenheit und gegen Innovationsfeindlichkeit.

Der Mobilfunkstandard 5G hat in der Schweiz zwar mittlerweile eine gute Basisabdeckung, doch der Ausbau des 5G-Netzes kommt weiterhin nur schleppend voran. Nach wie vor halten sich Zweifel an der Notwendigkeit oder Bedenken bezüglich vermeintlich schädlicher Strahlung bezüglich 5G hartnäckig. Zumindest was die Strahlenbelastung betrifft, ist sich die Wissenschaft einig: Tausende Studien erkennen keine solche Wirkung. Auch gab das Bundesamt für Umwelt (Bafu) diesen Sommer Entwarnung und publizierte einen Monitoringbericht, der aufzeigt, dass die Belastung unter dem Grenzwert liegt. In Worten des Bafu: «An Orten, an denen sich Menschen üblicherweise aufhalten, liegen die Feldstärken klar unterhalb des Immissionsgrenzwerts.» Mit dem aktuellen Regelwerk können selbst die sehr strengen Grenzwerte kaum ausgeschöpft werden. Ebenfalls schreibt das Bafu, dass die Strahlenbelastung seit 2014 tendenziell abgenommen hat. Das ist wenig überraschend, da moderne Mobilfunktechnologien wie 5G weniger Strahlung benötigen und Energie verbrauchen, um Daten zu übertragen.»

FDP-Motion auf der Zielgerade

Dass der Ausbau des 5G-Netzes trotzdem nicht rascher vonstatten geht, liegt unter anderem an komplizierten Bewilligungsverfahren. Aktuell sind schweizweit ganze 3200 Baugesuche offen. Die FDP will deshalb passive und verzögernde Haltungen gewisser Bewilligungsbehörden, wie dies beim Ausbau des 5G-Netzes zum Teil passiert ist, in Zukunft dezidiert bekämpfen. Gefordert ist eine maximale Frist (pro Instanz), innerhalb derer ein Entscheid vorliegen muss. Ein Zeichen der Politik hat hierbei eine nicht zu unterschätzende Wirkung.

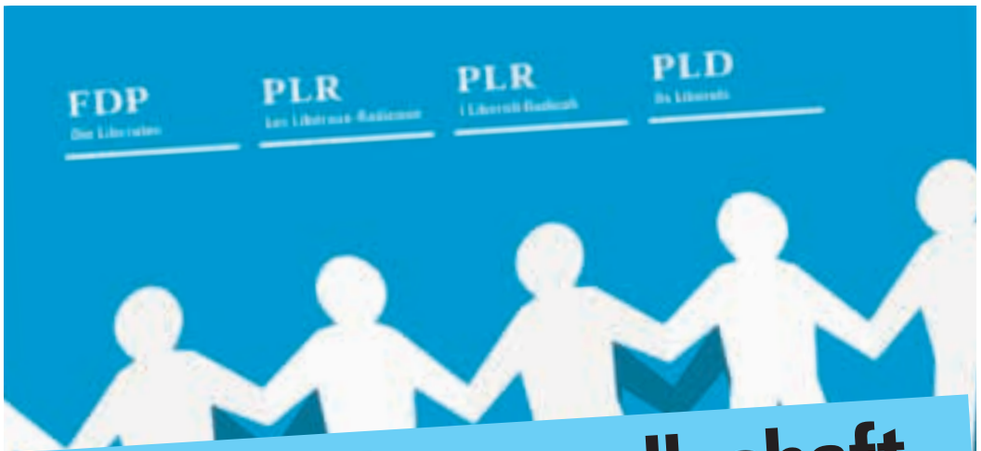
Die FDP setzt sich seit mehreren Jahren an vorderster Front für eine Modernisierung des Mobilfunks und die damit verbundene Nutzung des 5G-Netzes ein. Im Mai 2020 reichte die FDP eine Fraktionsmotion ein, die fordert, dass den Anbietern der Aufbau eines nationalen 5G-Netzes zu wirtschaftlichen und international vergleichbaren Kosten zu ermöglichen ist. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunk-Generation sachgerecht informieren. Der Bundesrat hat die Annahme dieser Motion empfohlen und der Nationalrat hat ihr zugestimmt. Die vorberatende Kommission des Ständerats hat zwar noch einen zusätzlichen Bericht bei der Verwaltung angefordert, doch es ist zu hoffen, dass sich auch die kleine Kammer in den nächsten Monaten für die Annahme des FDP-Vorstosses ausspricht.

5G ermöglicht Internet der Dinge

Auch wenn gewisse Teile der Motion mittlerweile bereits erfüllt sind, hätte ein Ja beider Kammern eine positive Signalwirkung. Schliesslich geht es bei der neusten Generation 5G längst um mehr als die Möglichkeit ein Video schneller zu verschicken. Es bietet viele neue Eigenschaften für Anwendungen in der Industrie, für neue Dienstleistungen, in der Landwirtschaft oder auch im Umfeld der Rettungskräfte. Von dieser Entwicklung profitieren nicht nur Smartphone-Nutzer – vielmehr stärkt eine leistungsfähige Mobilfunkinfrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und bietet eine Innovationsplattform für findige Unternehmer. Ein paar ausgewählte Beispiele: Über Sensoren wird Alarm geschlagen, wenn ein Fluss über die Ufer tritt; die Müllabfuhr leert gezielt nur jene Mülleimer, die bereits voll sind, und auf dem Rückweg aus den Skiferien lässt sich die Heizung in der Wohnung per Smartphone einschalten.

Für die FDP stehen Technologieoffenheit und Innovationsfreundlichkeit an erster Stelle. Deshalb wehren wir uns gegen Blockadepolitik und Falschinformationen und setzten uns für ein leistungsfähiges und zukunftsgerichtetes Mobilfunknetz ein.

Marco Wölfli



«Treiber des gesellschaftlichen Zusammenhalts»

Freiwilligenarbeit in der Schweiz

Thomas Hauser ist Geschäftsleiter von Benevol Schweiz und damit quasi der höchste «Ehrenamtliche» der Schweiz. Im Interview spricht er von Massnahmen gegen die rückläufige Freiwilligenarbeit und wie das Ehrenamt der Zukunft aussieht.

Was zeichnet die Freiwilligenarbeit in der Schweiz aus? Sicher die vielfältige Ausprägung. Freiwilligenarbeit wird unterschiedlich gelebt und auch gefördert. Auf dem Land sind Vereine präsenter, während in urbanen Gebieten eher Event- oder projektbezogene Freiwilligenarbeit im Vordergrund steht. Daneben gibt es Unterschiede zwischen den Sprachregionen, zwischen Bergkantonen und dem Flachland und bezüglich der Förderung durch die Politik: Im Kanton Waadt ist Freiwilligenarbeit sogar in der Verfassung verankert.

Welche Bedeutung hat die Freiwilligenarbeit in der Schweiz? Die Schweiz ist ein Land der Vereine und diese Vereine sind ein wesentlicher Treiber für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Rund 41 Prozent der Bevölkerung engagiert sich mehrere Stunden pro Woche ehrenamtlich. Dieses Engagement ist rund 32 Milliarden Franken wert. Das zeigt den enormen Umfang der Freiwilligenarbeit.

Die geleistete Freiwilligenarbeit ist in den letzten Jahren leicht zurückgegangen. Welches sind die Gründe dafür? Corona hat eine grosse Rolle gespielt, weil Seniorinnen und Senioren zeitweise von vielen freiwilligen Aktivitäten ausgeschlossen waren. Dafür hat in dieser Zeit die Nachbarschaftshilfe an Zuwachs gewonnen. Beim generellen Trend sind verschiedene Faktoren ausschlaggebend, wie zum Beispiel die vermehrte Erwerbstätigkeit von Frauen.

Was tut Benevol Schweiz dagegen? Wir informieren und vermitteln zwischen Interessierten und Institutionen, die Freiwillige suchen. Wir wollen die Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit sichtbar machen. Viele wollen sich nicht langfristig in einem Verein engagieren, aber während einer gewissen Zeit für einen Event oder ein Projekt arbeiten. Hier können wir Optionen aufzeigen.

Welche Bereiche haben einen Mangel an Freiwilligen und wo hat es genug? Im sozialen Bereich ist der Bedarf konstant hoch. Dagegen sind Tätigkeiten für die Umwelt und den Naturschutz sehr beliebt. Auch die Mitarbeit bei Sport- und Musikveranstaltungen zieht viele Freiwillige an.

Wie sieht die Freiwilligenarbeit der Zukunft aus? Es braucht sicher Anpassungsfähigkeit seitens der Vereine. Möglich, dass es mehr Co-Präsidien in Vorständen gibt. Wenn es in einem Dorf drei Chöre gibt, ist eventuell ein Zusammenschluss möglich, was auch Synergien ermöglicht. Auch der Trend, dass Leute in befristeten Projekten mitarbeiten wollen, wird sicher zunehmen.

Interview: **Marco Wölfli**

Wir sagen DANKE

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind zentrale freisinnige Werte. Zum Jahresende will die FDP den Gemeinsinn ins Zentrum rücken und lanciert die Aktion «Wir sagen DANKE», um die Freiwilligenarbeit in der Schweiz zu würdigen. In den nächsten Wochen erhalten alle Ortsparteien passend gestaltete Postkarten. Diese können mit einem persönlichen Gruss an Personen geschickt werden, sie sich in der jeweiligen Gemeinde besonders engagieren, sei es die Präsidentin des Samaritervereins, der Trainer der Fussballjunioren oder die Leiterin der Theatergruppe.

Bei den Millionen von Schweizerinnen und Schweizern, die sich freiwillig engagieren, gibt es praktisch unendlich Beispiele. Diese Aktion soll Menschen danken, die ehrenamtlich arbeiten und dadurch den Zusammenhalt und den Gemeinsinn in der Schweiz fördern.

Wenn Sie sich auch an der Aktion beteiligen und Postkarten an freiwillig Engagierte schicken möchten, dürfen Sie sich gerne bei Gabrielle De Simone vom Wahlkampfteam melden. E-Mail an desimone@plr.ch oder QR-Code scannen.

Thomas Hauser.

Alessandra Gianella führt seit drei Jahren die FDP-Fraktion im Tessiner Kantonsparlament.

«Als Tessiner Politikerin braucht man klare Positionen»

Alessandra Gianella ist neue Vizepräsidentin der FDP Schweiz

Die Delegierten haben die Tessinerin Alessandra Gianella in Burgdorf zur neuen Vizepräsidentin der FDP Schweiz gewählt. Im Interview spricht Gianella über ihre Verbundenheit zu China, die Besonderheiten der Tessiner Politik und wieso sie als Staatsrätin kandidiert.

Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zur Vizepräsidentin. Was motiviert Sie zu diesem Amt?
Ich bin schon lange aktiv in der FDP und habe mich gerne zur Verfügung gestellt. Ich finde es wichtig, dass es in der FDP ein Bindeglied zwischen der italienischen Schweiz und der Restschweiz gibt. Manche Themen werden im Tessin zuerst aktuell, wie beispielsweise die Corona-Pandemie, aber auch Probleme mit dem Arbeitsmarkt oder der Mobilität.

Welchen Fokus möchten Sie im Präsidium einbringen?
Wir hatten zuerst die Covid-Pandemie, jetzt den Krieg in der Ukraine und eine gefährdete Energieversorgung. Das Präsidium der FDP Schweiz hat jeweils eine klare Haltung gezeigt und ich möchte an diese Arbeitsweise anknüpfen und mithelfen. Es ist wichtig, dass die FDP von Beginn weg konstruktive und innovative Lösungen aufzeigt. Das passt auch zum Geist der Schweiz.

Sie sind lange in der Tessiner Politik aktiv. Was zeichnet die Politik im Südkanton aus?
Die Tessiner Politik ist stark medial geprägt und der Fokus liegt stark auf dem Kanton. Es gibt jede Woche mindestens zwei bis drei politische Debatten im TV und viel andere Berichterstattung. Als Tessiner Politikerin ist man stark gefordert und braucht klare Positionen. Die Nähe zu Italien sorgt auch dafür, dass Themen eines Grenzkantons in die politische Agenda einfliessen.

Sie haben eine starke Verbundenheit zu China. Wie ist es dazu gekommen?
Als Teil einer Schweizer Minderheit wollte ich neben den Landessprachen und Englisch eine exotische Sprache lernen, um mir einen Wettbewerbsvorteil in der Arbeitswelt zu verschaffen. Deshalb habe ich Chinesisch gewählt, und später habe ich zwei Jahre in China studiert. Diese Zeit hat mich stark geprägt, da ich erst 19-jährig war. Ich habe die chinesische Kultur intensiv erfahren und dabei viel über China und Asien gelernt.

Was fasziniert Sie an China?
Die alte Kultur und die spannende Geschichte. Wenn man die Sprache beherrscht, hilft das, Beziehungen zu knüpfen und Einheimische besser kennenzulernen. Da China ein wichtiger Handelspartner der Schweiz ist, macht es Sinn, wenn wir China verstehen.

In den letzten Jahren hat sich die Beziehung zwischen der Schweiz und China verkompliziert. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?
Die Schweiz hat klare Werte, die sie auch gegenüber China vertritt. China hat sich zwar verändert,

Das Präsidium ist toll zusammengestellt und ich freue mich, die Perspektive der italienischen Schweiz einzubringen.

Nationalrat und Vizepräsident Philippe Nantermod stellt Alessandra Gianella am Tag der FDP vor. Foto: Yannic Reber

Parteipräsident Thierry Burkart übergibt Alessandra Gianella ihr Trikot für das «Team Präsidium». Foto: Yannic Reber

aber es ist wichtig, dass die Schweiz den Dialog weiterhin pflegt. Diplomatie braucht Dialog.

Auch mit Ihrem Unternehmen SinoCom pflegen Sie wirtschaftliche Beziehungen mit China. Wie haben Sie die Schwierigkeiten der letzten Jahre erlebt?

Die letzte zwei Jahren waren eine grosse Herausforderung. Ich versuche eine Brücke zwischen den beiden Ländern zu bilden und berate Unternehmen aus China und der Schweiz bei ihren Aktivitäten im jeweils anderen Land. Dabei ist es wichtig, dass man beide Kulturen kennt. Zuletzt war es aufgrund der Covid-Regeln schwierig, nach China zu reisen. Ich hoffe, dass es nächstes Jahr wieder einfacher wird.

Was ist bei Geschäftsbeziehungen mit China zu beachten?

Es ist eine andere Kultur. Das Individuum steht weniger im Zentrum. Der Aufbau guter persönliche Beziehungen muss zuerst entstehen, bevor man übers Geschäft spricht. Dabei hilft es, wenn man die Sprache beherrscht.

Was ist Ihre Lieblingsstadt in China?

Das ist sicher Hangzhou, wo ich zwei Jahre gelebt habe. Aber das Spannende an China ist, dass es so gross und vielfältig ist. Es gibt grosse Unterschiede zwischen den Regionen und viele interessante Orte. Die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt erinnern an die Schweiz.

Im April finden im Tessin kantonale Wahlen statt und Sie kandidieren für den Staatsrat. Was hat Sie zur Kandidatur bewogen?

Ich bin nun seit zwei Legislaturen im Grossen Rat und seit drei Jahren Fraktionschefin. Die nächsten Jahre sind entscheidend für den Kanton Tessin. Wir haben gute Aussichten und in den Bereichen Innovation und Forschung bewegt sich viel. Aber das Tessin ist manchmal etwas pessimistisch, dem möchte ich als Staatsrätin entgegenwirken und optimistisch in die Zukunft gehen, mit innovativen Projekten und Investitionen.

Wie ist die FDP Tessin aufgestellt?

Die FDP hat gute Lösungen für die Herausforderungen Bildung, Umwelt und Steuerattraktivität, die das Tessin betreffen. In den letzten Jahren hat sich die Tessiner FDP stark verjüngt, das stimmt positiv. Zudem haben wir Arbeitsgruppen gebildet, in denen Fachleute ihre Expertise aus verschiedenen Bereichen einbringen und wir tragen die Positionen in die Politik. Dieser Bottom-up-Ansatz ist vielversprechend. Die FDP kann dazu als grosse Partei etwas bewirken, aber natürlich muss sie auch das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.

Interview: Marco Wölfli

Alessandra Gianella

Alessandra Gianella (36) hat an den Universitäten Zürich und Lugano und an der Zhejiang University in Hangzhou studiert. Beruflich war sie für Adaxis Management AG und Economiesuisse tätig. Vor zwei Jahren gründete Gianella SinoCom. Für die FDP Tessin sitzt sie seit sieben Jahren im Grossen Rat und leitet seit drei Jahren die Fraktion. Gianella ist verheiratet und lebt in Lugano.

Justizministerin Karin Keller-Sutter trifft sich im März 2022 im Bundesasylzentrum Basel mit Mitarbeiterinnen des Heks.

Schutz bieten: Schnell, beherzt und koordiniert

Die Schweiz ist krisentauglich

Bundesrätin Keller-Sutter blickt auf ein Jahr zurück, das vom Krieg in der Ukraine und der ausserordentlichen Solidarität in unserem Land geprägt ist.

Seit dem Beginn des von Russland geführten Angriffskrieges am 24. Februar 2022 ist es eine Mischung aus Betroffenheit und Verantwortung, die das Handeln des Bundesrates bestimmt. Auch wenn wir als Land die Ereignisse in der Ukraine nur begrenzt beeinflussen können, muss der Bundesrat die Folgen in der Schweiz möglichst aktiv bewältigen. Es gilt zu agieren, statt zu reagieren.

Starker Zusammenhalt im Schengenraum

Unmittelbar nach Kriegsbeginn stand die Koordination auf europäischer Ebene im Zentrum. Drei Tage nach dem Angriff traf ich mich in Brüssel mit den Innenministern des Schengenraums. Die Stimmung vor Ort wird mir wohl immer in Erinnerung bleiben. Sie war geprägt von Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit und dem Willen, dem ukrainischen Volk zu helfen und unsere freiheitlichen Werte zu verteidigen. Rasch wurden die nötigen Entscheide getroffen und die Modalitäten für die Aufnahme von Millionen von Kriegsvertriebenen koordiniert.

In der Schweiz hat der Bundesrat kurz darauf den Schutzstatus S aktiviert, fast zeitgleich und abgestimmt mit der EU. Seither haben über 66 000 Vertriebene, vor allem Frauen und Kinder, unbürokratisch kollektiven Schutz in unserem Land erhalten. Eine gute und enge Koordination mit den Kantonen wurde im Rahmen des Sonderstab Asyl (SONAS) erreicht, den ich im März eingesetzt habe. Dieser musste sich sofort vielen Herausforderungen wie Registrierung, Unterbringung und Betreuung der Vertriebenen stellen.

Gleich zu Beginn habe ich auch die Sozialpartner einbezogen, um bessere Voraussetzungen für Integration in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Arbeit gibt den Geflüchteten Halt und Unabhängigkeit; sie hilft auch, die Kompetenzen zu erhalten für eine spätere Rückkehr in die Heimat. Das Ziel ist: Arbeit vor Sozialhilfe.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter auf dem Weg zu einem ausserordentlichen Treffen der EU-Innenminister drei Tage nach Kriegsbeginn.

«Wer Schutz braucht, soll ihn in der Schweiz erhalten. Wer keine Schutzgründe geltend machen kann, muss zurückkehren.»

Kurz- und mittelfristige Zukunft vorbereiten

Kurz vor dem Winter bereiten sich die internationale Gemeinschaft, Bund, Kantone und Gemeinden auf einen möglichen Anstieg von Schutzsuchenden vor. Gleichzeitig unterstützt die Schweiz in der Ukraine auch Projekte, welche die provisorischen Unterkünfte für Vertriebene vor Ort winterfest machen.

Auch wenn die Voraussetzungen für eine Aufhebung des Status S gegenwärtig nicht erfüllt sind, müssen wir bereits jetzt die Rückkehr der Schutzsuchenden in ihre Heimat vorbereiten. Zur Erinnerung: Der Schutzstatus S ist rückkehrorientiert. Wir müssen einen Plan haben, wenn dereinst die Rückkehr der Geflüchteten in ihre Heimat wieder möglich sein wird. Mein ukrainischer Amtskollege sagte mir im Juli, dass die Ukraine ihre Bürger für den Wiederaufbau des Landes braucht.

Längerfristig gilt es, Bilanz zu ziehen zur erstmaligen Anwendung des Schutzstatus S. Bereits im Juli nahm die Evaluationsgruppe des Status S ihre Tätigkeit auf. Diese Gruppe besteht aus Persönlichkeiten mit viel Erfahrung in der Migrationspolitik. Ihre Aufgabe ist es, die Erfahrungen bis im Sommer 2023 auszuwerten und aufzubereiten und zu prüfen, ob es allenfalls gesetzlichen Anpassungsbedarf beim Status S gibt.

Was mich in dieser Krise besonders beindruckt, hat, war einerseits die grosse Solidarität in der Bevölkerung. Ohne diese hätten wir es nicht geschafft, für so viele Personen in so kurzer Zeit Unterkünfte zu finden. Andererseits sehen wir, dass die Schweiz krisentauglich ist. Die Institutionen sind gut aufgestellt. Sie sind solide und professionell. Das Entscheidende ist aber eher menschlicher als struktureller Natur: Es braucht eine klare Führung. Man muss die Akteure sehr schnell an einen Tisch bringen und die Kompetenzen dort abholen, wo sie vorhanden sind. Was zählt, ist das Ergebnis: die Hilfe für die Ukrainerinnen und Ukrainer war schnell, beherzt und koordiniert. Darauf kann unser Land stolz sein.

Die Flüchtlingsbewegungen, die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst wurden, sind Teil der hybriden Kriegsführung Russlands. Sieben Millionen Geflüchtete wurden bislang in Europa aufgenommen. Einige Staaten geraten vor allem auf dem Hintergrund der weiteren Fluchtbewegungen in Richtung Europa an ihre Belastungsgrenze. Ich setze mich deshalb in der Schweiz und auf europäischer Ebene weiterhin dafür ein, dass wir die irreguläre Migration bekämpfen. Wer Schutz braucht, soll ihn in der Schweiz erhalten. Wer keine Schutzgründe geltend machen kann, muss zurückkehren.

Karin Keller-Sutter, Bundesrätin

September 2022: Bundesrätin Keller-Sutter und der österreichische Bundesinnenminister Karner einigen sich auf einen gemeinsamen Aktionsplan gegen irreguläre Migration.

März 2022: Besuch im Bundesasylzentrum Basel.

Kick-off-Veranstaltung der Evaluationsgruppe Status S im Juli 2022.

Gespräch mit Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission, im März 2022.

Session im Schnellzugtempo

Überblick der wichtigsten Geschäfte der Herbstsession

Die eidgenössischen Räte haben in der Herbstsession insbesondere in der Energiepolitik bedeutsame Beschlüsse gefasst. Während es in der Energie- und Umweltpolitik kaum ein Halten gab, wurde die Abschaffung des Eigenmietwerts einmal mehr ausgebremst.

Der Schweizer Politbetrieb zeichnet sich im Normalfall durch eine gewisse Behäbigkeit aus und langwierige Gesetzesprozesse sind Usus. Nicht so in der vergangenen Herbstsession. Die eidgenössischen Räte haben im Krisenmodus wegweisende Beschlüsse im Eilverfahren gefasst, deren Auswirkungen noch nicht im Detail abschätzbar sind. Ein Überblick über die wichtigsten Entscheide:

Indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative

Nachdem in der Sommersession der Nationalrat den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative als Erstrat beraten hatte, war nun der Ständerat an der Reihe. Mit dem Ziel, die Vorlage bis Ende Session fertigzuberaten, konnten die wichtigsten Differenzen rasch bereinigt werden und die Vorlage in der Schlussabstimmung mit deutlichem Mehr angenommen werden.

In der Gesamtbeurteilung hat die FDP den überparteilichen Kompromiss mitgetragen. Dank diesem können im Gesetz verbindliche Etappenziele auf dem Weg zu Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2050 gesteckt werden. Daneben gehören die Förderungen von neuen Technologien und ein grosszügig ausgestattetes Ersatzprogramm von Heizungen dazu. Vor allem der letzte Teil der Vorlage ist nicht nach den Vorstellungen der Freisinnigen zustande gekommen. Im Sinne des Kompromisses trägt man aber auch diesen Teil mit. Damit zeigen sich auch die Initianten zufrieden, die angekündigt haben, dass sie ihre Initiative zurückziehen wollen. Da ein Referendum lanciert wurde, dürfte dennoch eine Volksabstimmung stattfinden.

Erneuerbare Energie-Initiative

Im Kontext der Beratung des indirekten Gegenvorschlags zur Gletscher-Initiative hat der Ständerat beschlossen, auch einen dringlichen Beschluss zugunsten des Ausbaus von Solarenergie in der Schweiz einzuführen. Dieser wurde im Verlauf der Beratungen abgespalten und nach einer dringlichen Differenzbereinigung durch den National- und Ständerat in der Schlussabstimmung deutlich angenommen. Damit wurde im Rekordtempo ein rascher Ausbau von erneuerbaren Energien beschlossen.

Mit dieser neuen Vorlage sollen innerhalb sehr kurzer Frist mehr Stromkapazitäten in der Schweiz geschaffen werden. Mit diesem Gesetz soll im Kern der Zubau von mehr einheimischem Winterstrom beschleunigt werden. Neben einem erleichterten Bewilligungsverfahren für Photovoltaik-Grossanlagen in den Bergen wird es auch eine Solar-Pflicht für bestimmte Neubauten geben. Dass diese Regel nicht für alle Neubauten gilt, ist auch das Verdienst der FDP.Die Liberalen-Fraktion, die sich erfolgreich für eine Einschränkung eingesetzt hat. Zudem beinhaltet sie auch noch eine Beschleunigung beim Ausbau der Grimsel- Staumauer.

Weitere Massnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Das Bundesparlament hat ein weiteres Paket zur Eindämmung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen verabschiedet. Das Paket sieht Vereinfachungen bei der Zulassung parallel-importierter Medikamente vor. Zudem wird ein Beschwerderecht für Krankenkassenverbände eingeführt, um gegen Spitalplanungs-Entscheide in den Kantonen vorzugehen.

Lange umstritten war eine Bestimmung, wonach die Tarifpartner die Kosten überwachen und Korrekturmassnahmen ergreifen, sobald sich die Kostenentwicklung nicht durch Faktoren wie die Alterung der Bevölkerung erklären lässt. Der Durchbruch bei dieser letzten Differenz gelang dank eines Kompromissvorschlags der ständerätliche Gesundheitskommission, welcher ein Monitoring der Kostenentwicklung und Korrekturmassnahmen vorsieht, allerdings ohne Eingriffsmöglichkeiten für Bund und Kantone, falls sich die Tarifpartner nicht

einigen können. Die Tarifpartnerschaft bleibt somit gewahrt, weitere staatlichen Eingriffsmöglichkeiten wurden gestrichen.

In der Gesundheitspolitik geht es Schlag auf Schlag weiter. Nebst den zahlreichen hängigen Geschäften (u.a. EFAS, indirekter Gegenvorschlag Kostenbremsinitiative) wird sich das Parlament mit einem zweiten Kostendämpfungspaket befassen. Die entsprechenden Arbeiten werden im nächsten Quartal durch die vorberatende Kommission des Nationalrats aufgenommen. Die FDP wird sich auch bei dieser Vorlage für ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen einsetzen, dessen Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Unsere Stossrichtung haben wir kürzlich in einem Forderungspapier aufgezeigt.

Destruktive Rückweisung verhindert Vorwärtskommen bei der Abschaffung des Eigenmietwerts

Bereits 2017 wurde die Vorlage für den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung eingereicht. Fünf Jahre später war nun der Nationalrat in der Herbstsession als Zweitrat an der Reihe, um eine Lösung zu zimmern. Das zeugt bereits von der Komplexität der Materie wie auch von der Schwierigkeit, eine mehrheitsfähige und saubere Lösung auszuarbeiten. Dass nach dem Beschluss des Ständerats in der Herbstsession vor einem Jahr noch nichts in Stein gemeisselt ist, war bereits im Vornherein klar, aber zumindest wurde die Diskussion um die Abschaffung des Eigenmietwerts wieder ins Rollen gebracht.

Im gleichen Sinne hat die WAK-N das Geschäft vorberaten. Zwar kann die Vorlage der WAK-N als «Maximalvariante» erachtet werden, so stellt sie jedoch eine gute Diskussionsgrundlage dar. Die FDP hat zudem stets betont, dass sie offen für Kompromisse ist. Zur Beratung der Vorlage ist es jedoch gar nicht gekommen: Der Nationalrat trat zwar auf die Vorlage ein, wollte die Abschaffung des Eigenmietwertes aber noch nicht beraten und schickte die Vorlage auf eine Zusatzrunde zurück in die Kommission. Nun soll eine Subkommission eingesetzt und die Kantone sollen mehr in die Diskussion miteinbezogen werden. Dieser Rückweisungsantrag der Mitte fand leider eine Mehrheit, nur die FDP und die SVP stellten sich dagegen. Aus Sicht der FDP bleibt es unrealistisch, dass innerhalb eines Jahres eine bessere Vorlage auf dem Tisch liegt, auch da sich die Zusammensetzung der vorberatenden Kommission nicht ändert. Die Mitte hat somit eine konstruktive Diskussion abgewürgt, bevor diese überhaupt geführt werden konnte. Damit wird die überfällige Abschaffung des Eigenmietwerts einmal mehr unnötig verzögert. Es bleibt das Ziel der FDP, dieser schädlichen Steuer ein Ende zu bereiten und damit den Mittelstand und auch zukünftige Wohneigentümer zu entlasten.

Damien Cottier.

Damien Cottier,
Fraktionspräsident und Nationalrat NE

perspektiveschweiz.ch

Für eine Zukunft mit Perspektive

Liebe Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes

Wir sorgen uns um die Zukunft unseres Landes. Als Dachverbände der Schweizer Wirtschaft und der Schweizer Landwirtschaft wollen wir deshalb zukünftig noch enger und aktiver zusammenarbeiten.

Wir bündeln unsere Kräfte, um Stabilität und Sicherheit zu erzielen. Unsere Zusammenarbeit basiert auf wirtschafts-, landwirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen, die wir zum Wohle aller gemeinsam bearbeiten und voranbringen wollen.

Liegt uns doch daran, dass die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft kennen und erkennen. Nur eine starke Wirtschaft und Landwirtschaft sorgen für attraktive Arbeitsplätze und Lehrstellen, für angemessene Einkommen, für genügend Lebensmittel und Energie, für sichere Sozialwerke sowie für eine nachhaltige Klimapolitik.

Wir werben für eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundliche Politik. Wir werben für eine Politik mit Perspektive!

PERSPEKTIVE SCHWEIZ

Christoph Mäder
Präsident
economiesuisse

Fabio Regazzi
Präsident Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Valentin Vogt
Präsident Schweizer Arbeitgeberverband

Markus Ritter
Präsident Schweizer Bauernverband

economiesuisse

sgv usam

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Die Arbeitgeber

Schweizer Bauernverband
Union Suisse des Paysans
Unione Svizzera dei Contadini
sbv | usp | usc

Die Schweiz hat Nachholbedarf

Vernachlässigtes digitales Potenzial

Die FDP International trägt die Aussensicht auf die Schweiz in die FDP und die Schweizer Politik. Immer wieder erfahren wir, dass der Stand der Digitalisierung in vielen Wohnsitzländern unserer Mitglieder weiter fortgeschritten ist als in der Schweiz. Das zeigt, dass die Digitalisierung stärker vorangetrieben werden muss.

Die elektronische Wohnsitzanmeldung mit der E-ID in Deutschland, Online-Abwicklung von Import- und Export-Geschäften in Kanada, das eigene umfassende elektronische Patientendossier in der Türkei, das Telefon als Bankkonto in Sambia – die Beispiele für digitale Anwendungen in anderen Ländern sind endlos. In mindestens zwei Dutzend Ländern gibt es eigentliche Ministerien für Digitalisierung. Zehn davon sind in einem Forum «Digital Nations» zusammengeschlossen, haben gemeinsame Prinzipien, Standards und «Best Practices» festgelegt und unterstützen sich gegenseitig bei neuen Entwicklungen.

In der Schweiz sehen wir durchaus Anstrengungen und Fortschritte. Erst kürzlich sprach sich der Nationalrat für das Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben aus. Davon würden auf jeden Fall die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer profitieren. E-Voting ist ein zentrales Anliegen, um bei Abstimmungen und Wahlen die politischen Rechte wahrzunehmen, eine E-ID ist Voraussetzung für den Verkehr mit Behörden. Es sind aber auch die unzähligen Schweizer Firmen im Ausland, denen digitale Lösungen ihre Abläufe vereinfachen könnten. Und nicht zuletzt sind in einem modernen und innovativen Land wie der Schweiz gedruckte Formulare und Behördengänge ein Anachronismus.

Woran liegt es?

Während sich weltweit Nationen zusammen auf Standards einigen, haben wir in der kleinen Schweiz 26 Lösungen, im besten Fall wenigstens kompatibel. Unser Föderalismus ist wertvoll, wenn es darum geht, regionale Besonderheiten in der Politik abzubilden und das Prinzip der Subsidiarität zu leben, aber bei umfassenden Entwicklungen und Projekten müssten Lösungen auf Bundesebene gesucht werden.

Wir haben für fast alle Vorgänge gut entwickelte und erprobte nicht digitale Lösungen – und Altbekanntes gibt man nicht gerne auf. Aus diesem Grund haben oft genannte Länder wie Estland und Uruguay die Nase vorn. Sie haben den Schritt über funktionierende Verwaltungen übersprungen und sind gleich ins digitale Zeitalter eingestiegen. In der Bevölkerung herrscht Skepsis gegenüber digitalen Lösungen, Datenschutz ist zentral – auch wenn man gleichzeitig fast alles von sich preisgibt über Apps, Social Media, Fitness Trackers usw. In anderen Kulturen sind solche Vorbehalte weniger präsent, was auch zu nach unserem Verständnis nicht nachahmenswerten Entwicklungen führt, zum Beispiel China.

Mehr Effizienz, tiefere Kosten

In sämtlichen Departementen gibt es grosses Potenzial für Vereinfachungen, höhere Effizienz und tiefere Kosten. Im BAG versucht man Defizite abzubauen, die während der Pandemie deutlich geworden sind. Wirklich erfolgreich scheinen die Anstrengungen bisher nicht, wie auch der ehemalige Digitalisierungschef des BAG in einem Interview im «Tages-Anzeiger» anprangert.

Dass im VBS endlos Millionen in verschiedenen abgebrochenen Projekten versickert sind, ist hinlänglich bekannt.

Das EDA ist auf gutem Weg, die Administration in der konsularischen Betreuung zu vereinfachen.

Ähnlich wie die Koordination zum Teil in den Kantonen fehlt, sind auch die verschiedenen Departemente unterschiedlich unterwegs. Was fehlt, ist eine Vision und übergeordnete Strategie wie zum Beispiel in Kanada: «Government in a digital age – Working on tomorrow's Canada, today.»

Helen Freiermuth,
Präsidentin FDP International

FDP International

Können wir in der Schweiz nicht auch einen koordinierten Ansatz für den Weg in die digitale Zukunft finden? Die FDP International versucht aktiv mit Ideen und internationaler Expertise zum Thema beizutragen.
Haben Sie eigene Ideen oder möchten Sie sich über das Thema austauschen? Dann freuen wir uns auf Ihr E-Mail an freiermuth@fdp.international.com oder luessi@fdp.ch.

Weil das Rathaus renoviert wird, tagt der Zürcher Kantonsrat in der nächsten Legislatur in der Bullingerkirche in Zürich. Foto: ENF

FDP Zürich ist bereit

Am 12. Februar ist Wahltag

Hans-Jakob Boesch, Präsident FDP Zürich

Parteipräsident Hans-Jakob Boesch setzt auf den konstanten Austausch mit den freisinnigen Wählerinnen und Wählern in Zürich. Damit soll die Mobilisierung bei den anstehenden Wahlen gelingen und der positive FDP-Trend fortgesetzt werden.

Die kantonalen Wahlen in Zürich gelten gemeinhin als wichtiger Stimmungstest für die eidgenössischen Wahlen, die acht Monate später folgen. Ein gutes Abschneiden in Zürich kann einer Partei nötigen Schub für den nationalen Wahlkampf geben. Die FDP Zürich ist zuversichtlich, dass sie für die anstehenden Wahlen gut aufgestellt ist, wie Präsident Hans-Jakob Boesch erklärt: «Die Abläufe und Gremien funktionieren und in den Orts- und Kreisparteien ist eine hohe Motivation spürbar. Die guten Ergebnisse in den kommunalen Wahlen 2022 geben uns Rückenwind für den Wahlkampf.» Die Herausforderung einer kantonalen Wahl ist, dass die Themensetzung mehrheitlich national oder gar international erfolgt. Die Kantonalpartei kann sich nur in die laufenden Diskussionen einbringen und versuchen, sie zu beeinflussen. Die FDP Zürich sei dafür aber gewappnet, sagt Boesch: «Bei den dominierenden Themen Energieversorgung, Sicherheit und Arbeitsmarkt ist die FDP mit konstruktiven Lösungen präsent. Auch im Bereich Umweltpolitik können wir mit liberalen Antworten punkten.»

Mobilisierung ist alles

Die FDP Zürich hat sich zum Ziel gesetzt, bei den Kantonsratswahlen Sitze dazu zu gewinnen. Bei den Regierungsratswahlen treten alle Bisherigen erneut an, darunter die amtierende FDP-Regierungsrätin Carmen Walker-Späh. Peter Grünenfelder will den zweiten FDP-Sitz erobern und müsste dafür ein bisheriges Regierungsmitglied verdrängen, was eine grosse Herausforderung ist. Der Schlüssel eines erfolgreichen Wahlkampfs ist die Mobilisierung der eigenen Anhänger. Die FDP Zürich führt deshalb nicht einen klassischen Wahlkampf, der drei Monate vor dem Urnengang beginnt, sondern spricht ihre Wählerinnen und Wähler konstant an. «Mittels Beiträgen in den Social Media, Werbung im digitalen Raum und Berichterstattungen in den klassischen Medien zeigen wir unseren Sympathisantinnen und Sympathisanten, dass wir, die FDP, uns für ihre Anliegen einsetzen», sagt Boesch. Auf Social Media könne man gut analysieren, was bei der freisinnigen Zielgruppe ankomme und die Themen entsprechend bearbeiten. Weitere Mobilisierungsinstrumente im Wahlkampf sind die ÖV-Initiative sowie die Petition Wasserkraft, die von der FDP Zürich lanciert und bereits von zahlreichen Kantonalparteien übernommen wurde. Neben dem Wahlkampf der Kantonalparteifinden in den Gemeinden finden zahlreiche Standaktionen und Veranstaltungen statt, damit die Kantonsratskandidierenden den direkten Kontakt mit der Bevölkerung pflegen können. So machen sie die Partei sicht- und spürbar.

Stress und Spass

Hans-Jakob Boesch stehen intensive drei Monate bevor. Für den Präsidenten bedeuten die kantonalen Wahlen in erster Linie zusätzlichen Aufwand und Stress. Darauf ist Boesch vorbereitet: «Das gehört zum Wahlkampf. Gibt es Angriffe auf uns, steigt immer auch das Adrenalin. Aber wir stellen uns dem politischen Wettstreit und nutzen die erhöhte Aufmerksamkeit, um unsere Positionen bekanntzumachen. Das macht durchaus auch Spass.» Mit diesem Spirit scheint die FDP Zürich gut gerüstet und die Chancen sind hoch, dass der Spass auch am Abend des Wahlsonntags noch anhält.

Marco Wölfli

900 Freisinnige starten gemeinsam ins

Erfolgreicher Parteitag in Burgdorf

Die FDP ist bereit für einen erfolgreichen Wahlkampf. Präsident Thierry Burkart rief die rund 900 Freisinnigen auf, für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt zu kämpfen und gemeinsam die Wahlen 2023 zu gewinnen.

Exakt ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen stimmte sich die FDP.Die Liberalen im Beisein von Bundespräsident Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter gemeinsam auf den Wahlkampf ein. Parteipräsident Thierry Burkart betonte in seiner Rede, dass die FDP für klare Positionen steht: «In den letzten Monaten hat es die FDP geschafft, wieder Themenführer zu sein. Gerade in der Sicherheits-, Energie- und Wirtschaftspolitik mussten sich die Parteien links und rechts von uns an der FDP abarbeiten – und nicht wir an ihnen. Wir haben in der Öffentlichkeit auf breit diskutierte und breit akzeptierte Themen gesetzt. So wie es sich gehört für diejenige politische Kraft, die dieses Land mit Abstand am meisten geprägt und gestaltet hat und es auch in Zukunft tun wird.»

Parteipräsident Thierry Burkart betonte den Wert liberaler Lösungen.

Das liberale Feuer brennt für einen erfolgreichen Wahlkampf 2023.

Der liberale Publizist Ferghane Azihari kam aus Paris an den Tag der FDP.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundespräsident Ignazio Cassis im Gespräch mit Parteipräsident Thierry Burkart.

Matthias Müller, Präsident Jungfreisinnige, sprach über die Renteninitiative.

Rede von Fraktionspräsident Damien Cottier.

Parteipräsident Thierry Burkart (links) bedankt sich bei alt Bundesrat Kaspar Villiger für seine Rede.

Wahljahr

Das Präsidium mitsamt Generalsekretär ist bereit für den Wahlkampf. Fotos: Yannic Reber

Spektakuläre Akrobatik, um die erfolgreich eingereichte Individualbesteuerungsinitiative zu feiern.

Nationalrätin und Präsidentin der FDP Frauen, Susanne Vincenz-Stauffacher, dankt allen Beteiligten für den Einsatz zugunsten der Individualbesteuerung.

Nationalrat und Wahlkampfleiter Philippe Nantermod schwört die FDP auf den Wahlkampf ein.

Ständerätin Johanna Gapany und Nationalrat Andri Silberschmidt sprachen über die Herausforderungen in der Altersvorsorge.

Freisinnige aus der ganzen Schweiz reisten nach Burgdorf.

Medienkonferenz mit den Verbandspräsidenten von links nach rechts: Fabio Regazzi (sgv), Valentin Vogt (SAV), Christoph Mäder (economiesuisse) und Markus Ritter (SBV).

Für eine Zukunft mit Perspektive

Verbände werben für wirtschafts- und landwirtschftsfreundlichere Politik

Einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik zum Durchbruch zu verhelfen, ist das Ziel einer gemeinsamen Kampagne der Dachverbände der Schweizer Wirtschaft und der Landwirtschaft. Die Kampagne soll das Bewusstsein für wirtschaftliche und landwirtschaftliche Themen steigern sowie als Plattform für die National- und Ständeratswahlen dienen.

Die Dachverbände der Wirtschaft und der Landwirtschaft, namentlich Economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband sgv, der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizer Bauernverband, wollen – zum Wohl unseres Landes – einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik vermehrt zum Durchbruch verhelfen.

Geeinte Allianz bei Abstimmungen und Wahlen

Für die Volksabstimmungen vom 25. September 2022 setzten sie mit der Parole «1× Nein, 3× Ja» bereits gemeinsame Massnahmen um. Die Abstimmungsresultate zeigten, dass eine starke und geeinte Allianz vieles bewegen und Mehrheiten sichern kann. Dieselbe Allianz will sich nun auch hinsichtlich der National- und Ständeratswahlen im nächsten Jahr engagieren. Die vier Verbände lancieren deshalb eine gemeinsame Kampagne mit dem Titel «Perspektive Schweiz».

Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes sollen die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft und der Landwirtschaft kennen und erkennen. Sorgt doch die Wirtschaft für attraktive Arbeitsplätze und Lehrstellen, für angemessene Einkommen, für genügend Lebensmittel und Energie, für sichere Sozialwerke sowie für eine nachhaltige Klimapolitik. Solche Zusammenhänge will die Kampagne in den nächsten Monaten aufzeigen.

Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit der Verbände fokussiert vorerst auf die Themenfelder «Sicherheit und Stabilität», «sichere Sozialwerke», «Berufsbildung», «Nachhaltigkeit», «Ernährungssicherheit» sowie auf eine «zukunftsorientierte Energieversorgung».

Alle Beteiligten sind sich bewusst, dass unsere schnelllebige Zeit einen hohen Grad an Flexibilität erfordert. Wichtig ist, dass dabei der Kompass und die Perspektive übereinstimmen. Die über 600 000 Schweizer Unternehmen mit ihren über 4,5 Millionen Beschäftigen sind es sich gewohnt, täglich agil und schnell zu reagieren. Das Gleiche soll auch für die politische Allianz der Verbände und die zu bearbeitenden Themenfelder gelten.

Eine Politik mit Perspektive

Die Verbandskampagne startete mit speziellen Plakat-, Inserate- und Social-Media-Aktionen zum Thema «Perspektive Schweiz». In einer späteren Phase werden thematische Fragen in den Vordergrund gerückt. Die Dachverbände und ihre Vertreterinnen und Vertreter werben für eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlichere Politik. Sie werben – zum Wohl unseres Landes und zugunsten aller – für eine realistische Politik mit Perspektive!

Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt (rechts) bespricht sich mit seinem Kommunikationschef Andy Müller.

Mehr Infos zu Perspektive Schweiz.

Die FDP legt zu

Positiver Trend bestätigt sich

Gemäss der SRG-Umfrage gewinnt die FDP ein Prozent. Das gute Ergebnis ist eine Fortsetzung der Erfolge in mehreren kantonalen Wahlen und sorgt für Schwung im kommenden Wahlkampf.

Das SRG-Wahlbarometer, das Ende Oktober veröffentlicht wurde, zeigt es deutlich: Der positive Trend bei der FDP hält an. Die Umfrage der SRG weist für die FDP einen Gewinn von einem Prozent gegenüber den Wahlen 2019 auf. Damit würde die FDP auf einen Wähleranteil von 16,1 Prozent kommen und praktisch gleichauf mit der SP liegen. Die FDP und die SVP sind die einzigen Bundesratsparteien, die verglichen mit den Wahlen 2019, zulegen; die SVP in geringerem Masse (plus 0,5 Prozent im Vergleich zu 2019). Die grössten Verlierer wären die Grünen, die im Vergleich zu 2019 einen erheblichen Verlust von minus 1,5 Prozent hinnehmen müssten. Die Grünliberalen legen um 1,5 Prozent zu. Die SP und die FDP liefern sich also ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den zweiten Platz. So wie die Tamedia-Umfrage vom August 2022, die der FDP einen Anstieg auf 16,4 Prozent der Wählerstimmen vorhersagte, le-gen wir auch gemäss dieser SRG-Umfrage zu. Die Kohärenz zwischen den beiden Umfragen bestätigt den erfreulichen Trend.

Positiver Einfluss von Thierry Burkart

Umfragen sind aber keine Wahlergebnisse. Seit 2015 hat sich die FDP das Ziel gesetzt, die SP zu überholen. Um dieses Ziel zu erreichen, dürfen wir auf keinen Fall nachlassen. Die FDP konnte auf Bundesebene an Profil gewinnen. Das neue Präsidium um Thierry Burkart hat für neuen Schwung gesorgt. Die Positionen sind klar und reagieren präzise auf die aktuellen politischen Herausforderungen. Zudem konnte die Partei mit der Einreichung der Renten- und der Individualbesteuerungsinitiative punkten und unsere FDP-Politik im Dienste der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Die Wirkung des neuen Präsidiums zeigt sich auch daran, dass Thierry Burkart die grösste Zustimmung aller Parteipräsidenten geniesst. 67 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sein Einfluss positiv ist. Nur gerade 2 Prozent beurteilen Burkarts Wirken als negativ.

Klare Positionierung der FDP

Die FDP hat auch die Antworten auf die wichtigsten politischen Herausforderungen, die in der Umfrage hervorgehoben wurden: Die FDP hat kürzlich Stellung bezogen zur Sicherheit der Stromversorgung, zur Gesundheitspolitik, um den Anstieg der Krankenkassenprämien einzudämmen und wir haben zahlreiche Vorschläge für eine starke Altersvorsorge formuliert. Schliesslich antwortet die FDP auch auf Umwelt- und Klimafragen, insbesondere über ein auf drei Säulen basierendes Konzept für das neue CO_2-Gesetz. Die Versorgungs- und Energiesicherheit gehört für alle Parteiwählerschaften zu den wichtigsten politischen Herausforderungen. Speziell für die Wählerschaft der FDP sind die Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Reform der Altersvorsorge weitere Top 3 der wichtigsten Herausforderungen der Politik.

Das Ende des Hypes um die Grünen zeigt, dass es keinen triftigen Grund gibt, die Zusammensetzung des Bundesrats zu ändern. Massgebend darf nicht allein der Wähleranteil im Nationalrat sein. Die FDP ist als staatstragende Partei auf kantonaler Ebene mit insgesamt 531 Sitzen breit verankert. Dies entspricht 20,5 Prozent aller kantonalen Sitze – 10 Sitze weniger als die SVP und deutlich mehr als die SP (445), die Mitte (425) und die Grünen (266).

KOLUMNE

Appell an den Föderalismus

Seit 1848 funktioniert die Schweiz als Bundesstaat, der eine Einheit der Vielfalt unseres Landes bildet. Es hat sich bewährt, dass der Bund nur jene Aufgaben übernimmt, die nicht auf einer anderen Ebene erfüllt werden können, oder eine einheitliche Regelung benötigen. Ein Beispiel ist die Corona-Pandemie, in der gesamtschweizerische Vorgaben und eine zentrale Verwaltung nötig waren. Das zeigt auch die finanzielle Bilanz: Zwischen 85% und 90% der Ausgaben wurden vom Bund getragen. Hierbei gilt zu berücksichtigen, dass die Covid-Pandemie eine aussergewöhnliche Situation war und aussergewöhnliche Massnahmen erforderte.

Nichtsdestotrotz ist es bedenklich, wie rasch nach mehr Zentralisierung gerufen wird und die Stärken des Föderalismus vergessen gehen. Wenn es um das Bezahlen der Rechnung geht, lässt man zunehmend dem Bund den Vortritt. Dabei deutet nichts darauf hin, dass Zentralisierung Kosten senkt – ganz im Gegenteil. Föderalismus garantiert nicht nur Vielfalt in der Einheit, sondern gewährleistet auch eine gewisse finanzpolitische Disziplin.

Diese ist umso notwendiger, da die Bundesfinanzen arg strapaziert sind und sich der Handlungsspielraum verkleinert. Die ausserordentliche Verschuldung aufgrund der Covid-Pandemie beläuft sich auf rund 26 Milliarden Franken. Zudem werden die Vorgaben der Schuldenbremse ab 2024 nicht mehr eingehalten. Ein strukturelles Defizit von über einer Milliarde Franken ist denkbar.

Wie konnte das passieren? Gründe sind die Covid-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise. Zudem führt die demografische Entwicklung zu mehr Kosten in der Altersvorsorge und im Gesundheitswesen. Auch in den Bereichen Klima, Armee, Forschung, Migration und soziale Sicherheit sind Mehrausgaben zu erwarten. Um aus dieser Kostenspirale auszubrechen, braucht es etwas Fantasie. Da die einfachsten Ideen oft vergessen werden, müssen wir den guten alten Föderalismus in Erinnerung rufen. Er kann mithelfen, die Ausgabendisziplin des Staates zu verbessern.

Johanna Gapany,
Parteivizepräsidentin und Ständerätin FR

Thierry Burkart
Ständerat

«Wenn die Schweiz auch in Zukunft technologisch zur Weltspitze gehören will, sind wir auf 5G angewiesen.»

Josef Dittli
Ständerat

«5G macht es möglich, Menschen und Dinge so zu vernetzen, dass der technologische Fortschritt den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht.»

Marcel Dobler
Nationalrat

«Die Schweiz braucht die bestmöglichen technologischen Rahmenbedingungen, um sich weiter zu entwickeln und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Darum setze ich mich für das Schlüsselprojekt 5G ein.»

Olivier Français
Ständerat

«Die Schweiz muss die Rahmenbedingungen für die Einführung von 5G schaffen, damit Wirtschaft und Gesellschaft auch zukünftig von einem hochqualitativen Mobilfunk profitieren können.»

Johanna Gapany
Ständerätin

«Jede Veränderung löst Ängste aus. Aber 5G bietet auch viele Chancen. Diese Kampagne ist eine gute Gelegenheit, volle Transparenz zu schaffen und das Beste aus einer Technologie herauszuholen, die uns ermöglicht, es mit weniger Mitteln besser zu machen.»

Philippe Nantermod
Nationalrat

«Die Schweiz ist die Weltmeisterin der Innovation. Wir brauchen einen Zugang zu neuen Technologien und 5G gehört dazu. Auf ihren Einsatz zu verzichten wäre ein Fehler und würde uns grosse Nachteile bringen.»

Maja Riniker
Nationalrätin

«5G ist Vernetzung und Innovation zugleich. Es bietet einem die Freiheit und Möglichkeit von überall in der Schweiz zu jeder Zeit zu arbeiten, die Freizeit zu geniessen und mit der Welt verbunden zu sein.»

Andri Silberschmidt
Nationalrat

«Wir müssen in zukunftsfähige Infrastrukturen investieren, so dass die Arbeitsplätze von morgen in der Schweiz und nicht woanders geschaffen werden.»

Christian Wasserfallen
Nationalrat

«5G ist als Weiterentwicklung in der Telekommunikation der Schlüssel für die Zukunft, um mobiles Arbeiten massiv zu verbessern oder Geschäftsprozesse in Echtzeit abwickeln zu können.»

Hans Wicki
Ständerat

«5G ist für Innovation und neue Anwendungen enorm wichtig. Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt.»

Wir alle unterstützen CHANCE5G – helfen auch Sie mit!

www.chance5g.ch/jetzt-unterstuetzen

CHANCE5G
Die Schweiz fortschrittlich verbunden.